

**Antrag 48/II/2017****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Sichere Fluchtrouten statt Festung Europa!****1 Die S&D-Fraktion möge beschließen:**

2 In Artikel 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention  
3 ist das Recht auf Leben eines jeden Menschen verbrieft:

4 „Das Recht jedes Menschen auf Leben wird gesetzlich ge-  
5 schützt.“ Wenn ein Recht auf Leben ernstgenommen wird,  
6 so muss dies auch beinhalten, dass Menschen vor lebens-  
7 bedrohlichen Situationen in ein sicheres Land fliehen kön-  
8 nen, ohne für diese Flucht mit ihrem Leben zu bezahlen.  
9 Ein Recht auf Leben muss folglich ein Recht auf sichere  
10 Flucht vor Bedrohung beinhalten.

11

12 Leider müssen wir feststellen, dass sich die Europäische  
13 Union von diesem Anspruch zunehmend entfernt. Statt  
14 ein sicherer Zufluchtsort für Flüchtende zu sein, rüstet  
15 die Europäische Union ihre Außengrenzen immer stärker  
16 zu tödlichen Festungsmauern. Allein von Januar bis Juli  
17 2017 sind mindestens 2500 Menschen bei ihrer versuch-  
18 ten Flucht nach Europa im Mittelmeer ertrunken. Rund  
19 300.000 Menschen wagten die Lebensgefährliche Über-  
20 fahrt laut UN-Angaben im Jahr 2016. Dabei stünde eine  
21 Vielzahl von Mitteln und Wegen zur Verfügung, um dies  
22 vermeiden. Jeder Mensch, der sich bei seiner Flucht nach  
23 Europa in Lebensgefahr begeben muss, straft den An-  
24 spruch der Europäischen Union, Wertegemeinschaft und  
25 Vorbild für Grund- und Menschenrechte zu sein, Lügen.

26

27 Die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutsch-  
28 land versuchen die europäischen Außengrenzen weiter  
29 vom Mittelmeer weg in die Sahara zu verlegen, um die  
30 Migration auf den europäischen Kontinent weiter zu  
31 erschweren. Unter dem Vorwand der Terrorismus- und  
32 Schlepperbekämpfung werden Grenzanlagen ausgebaut  
33 und der Grenzschutz militarisiert. Dazu schrecken die EU-  
34 Staaten nicht vor einer Kooperation mit Diktaturen zu-  
35 rück. Schon heute ist der Weg durch die Wüste ähnlich ge-  
36 fährlich wie der darauffolgende Weg über das Meer. Sie ist  
37 schon heute ein vergessener Friedhof – allerdings werden  
38 die Leichen nicht angespült und NGOs können die nord-  
39 afrikanischen Staaten kaum bewegen, weil weder Sicher-  
40 heit noch rechtsstaatlicher Schutz vor Willkür garantiert  
41 ist.

42

43 Derweil machen sich die Europäischen Regierungschef\*in-  
44 nen einen schlanken Fuß: Anstatt den innereuropäische  
45 Streit um die Aufnahme von Flüchtenden unter den Mit-  
46 gliedländern zu lösen und den rassistischen Reflexen in  
47 den Mitgliedsländern mutig entgegenzutreten, verlagern

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Kein Konsens)**

Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Mitglieder in  
der Bundesregierung und im Bundesrat sowie die S&D-  
Fraktion im Europäischen Parlament werden aufgefor-  
dert, sich für folgende Ziele einzusetzen:

**Sichere Fluchtrouten statt Festung Europa!**

In Artikel 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention  
heißt es: „Das Recht jedes Menschen auf Leben wird ge-  
setzlich geschützt.“ Dies gilt auch für alle, die vor lebens-  
bedrohlichen Situationen flüchten.

Die Europäische Union entfernt sich mit ihrer Abschot-  
tungspolitik von diesem Anspruch leider zunehmend.  
Statt sicherer Zufluchtsort für Flüchtende zu sein, umgibt  
sie sich mit immer dickeren Festungsmauern. Im Jahr 2017  
sind laut UNHCR 3139 Menschen bei ihrer Flucht nach Eu-  
ropa im Mittelmeer ertrunken. Im Jahr 2018 sind es be-  
reits 500. Dies ist ein unhaltbarer Zustand. Die Europäi-  
sche Union muss als Wertegemeinschaft Vorbild für den  
Schutz von Grund- und Menschenrechten sein.

Auf dem afrikanischen Kontinent versucht die EU, die Mi-  
gration bereits weit im Vorfeld einer Überfahrt zu er-  
schweren. Im Kontext der Terrorismus- und Schlepper-  
bekämpfung werden Grenzanlagen ausgebaut und der  
Grenzschutz – auch in Kooperation mit instabilen und au-  
tokratischen Regimen – militarisiert. Schon heute ist der  
Weg durch die Sahara ähnlich gefährlich wie der darauf-  
folgende über das Meer. Sie ist schon heute ein vergesse-  
ner Friedhof.

Die „Problemlösung“ wird so lediglich verlagert, Flücht-  
lingsschutz zum Schutz vor Geflüchteten!

Die Europäische Union hat im Mittelmeer die Militärmis-  
sion „Sophia“ zur „Bekämpfung von Schlepperkriminali-  
tät“ ins Leben gerufen. Ihre Vorgängerin, die Mission „Ma-  
re Nostrum“ der italienischen Marine, war eine Seenot-  
rettungsmission, die zumindest ein Mindestmaß an Hilfe  
gewährte. Sie wurde aufgrund der Weigerung der EU, Ita-  
lien bei der weiteren Finanzierung zu unterstützen, ein-  
gestellt und auch durch die Operation „Triton“ der EU-  
Grenzschutzagentur Frontex ersetzt. Diese hat ein we-  
sentlich geringeres Schutzmandat.

Die Beschränkung der Visaerteilung zur Einreise nach Eu-  
ropa befördert das Geschäftsmodell der Schlepper. Da-  
her fordern wir die Bundesregierung auf, sich konsequent  
für eine gesamteuropäische solidarische Migrations- und

48 sie ihre „Problemlösung“ nach Außen.  
 49 Wir müssen erleben, wie Zäune errichtet und mit Waffen-  
 50 gewalt verteidigt werden, Deals mit Despoten gemacht  
 51 und Flüchtende in Internierungscamps von marodieren-  
 52 den Verbrechern zurückgeschoben werden. Anstatt flüch-  
 53 tende Menschen zu schützen, werden die Europäischen  
 54 Grenzen vor dem Übertritt durch Flüchtende „geschützt“.  
 55 Auch die deutsche Bundesregierung nimmt dies nicht nur  
 56 billigend in Kauf, sondern beteiligt sich aktiv an Deals mit  
 57 Erdoğan und der libyschen Küstenwache. Dabei werden se-  
 58 henden Auges massive Menschenrechtsverletzungen und  
 59 zahllose Todesfälle in Kauf genommen.

60  
 61 Über Parteien hinweg kommt sowohl aus Deutschland als  
 62 auch aus anderen Ländern der EU immer wieder die Forde-  
 63 rung zur Bekämpfung von sogenannten Fluchtursachen.  
 64 Gemeint sind hier eine ganze Bandbreite von Maßnah-  
 65 men, die sich wahlweise auf die ‚Bekämpfung‘ von Armut  
 66 und kriegerischen Konflikten oder Direktmaßnahmen in  
 67 sogenannten Drittstaaten zur Verhinderung von Flucht-  
 68 möglichkeiten richten. Diese Form von aktionistischem  
 69 Handeln lehnen wir ab. Als internationalistischer Jugend-  
 70 verband erkennen wir an, dass Menschen solange von  
 71 ihren Heimatländern flüchten werden, wie globale Un-  
 72 gleichheiten, sowohl in ökonomischer Hinsicht als auch in  
 73 Belangen der körperlichen Unversehrtheit sowie der ge-  
 74 sellschaftlichen und politischen Teilhabe, in dem Ausmaß  
 75 existieren, wie es heute der Fall ist. Mit ein wenig Ent-  
 76 wicklungszusammenarbeit und Hochrüstung der Gren-  
 77 zen in Drittstaaten ist es deshalb nicht getan. Deutschland  
 78 und die Europäische Union insgesamt tragen zu einem er-  
 79 heblichen Teil zur Verstärkung von globalen Ungleichhei-  
 80 ten durch asymmetrische Handelspolitik, Waffenexporte  
 81 und teils imperialistische Außenpolitik bei. Die Flucht bie-  
 82 tet deshalb für viele Menschen eine wesentlich konkretere  
 83 Perspektive, ihre Lebensumstände zu verbessern – und  
 84 in letzter Konsequenz ihr Leben zu retten – als vage Zu-  
 85 sagen der Entwicklungszusammenarbeit, die mithin ein-  
 86 zig auf das Erschließen von neuen Märkten ausgerichtet  
 87 sind. Bestünde tatsächlich ein ernst gemeintes Interesse  
 88 an der Bekämpfung von Fluchtursachen durch die Euro-  
 89 päische Union – und nicht an der Bekämpfung von Flucht  
 90 –, müssten Maßnahmen in viel stärkerem Ausmaß auf  
 91 die Bekämpfung von globalen Ungleichheiten ausgerich-  
 92 tet sein.

93  
 94 Die Europäische Union hat im Mittelmeer eine Militärmis-  
 95 sion („Sofia“) zur „Bekämpfung von Schlepperkriminali-  
 96 tät“ ins Leben gerufen. Anstatt eine Seenotrettungsmis-  
 97 sion zur Rettung von Menschen auf dem Mittelmeer zu  
 98 finanzieren, kreuzen nun Kriegsschiffe vor der libyschen  
 99 Küste, um den Schleppern ihr Geschäft zu erschweren. Die  
 100 frühere Mission ‚Mare Nostrum‘ war eine Seenotrettungs-

Flüchtlingspolitik einzusetzen, die sichere Fluchtwege er-  
 ermöglicht. Der gefährlichen Spirale zwischen Hochrü-  
 stung der Grenzen und immer gefährlicheren Fluchtrouten  
 muss ein Ende gesetzt werden! Zudem müssen die Grün-  
 de für die Flucht durch eine bessere Friedens- und Ent-  
 wicklungspolitik bekämpft werden.

Die Pflicht zu humanitärer Hilfe folgt aus unserer Wer-  
 teordnung und unserer internationalen Solidarität und  
 Verantwortung. Dazu gehört auch eine ausreichende Fi-  
 nanzierung. Für Folgekosten, wie etwa für die Integration  
 von Geflüchteten, sollen alle gesellschaftlichen Schichten  
 und Akteure nach ihrer Leistungsfähigkeit herangezogen  
 werden. Die SPD hat insbesondere dafür Sorge zu tragen,  
 dass gesellschaftliche Gruppen nicht gegeneinander aus-  
 gespielt werden. Daher müssen wieder vermehrt verteil-  
 lungspolitische Instrumente herangezogen werden!

Als Sofortmaßnahmen fordern wir von der deutschen  
 Bundesregierung und der Europäischen Union:

### 1. Sichere Fluchtwege schaffen: Vergabe humanitärer Vi- sal

Kein Mensch müsste sich auf ein Schlauchboot zur Mit-  
 telmeerüberfahrt begeben, wenn die sichere Flucht legal  
 wäre.

Wir fordern:

- die Einführung und Gewährung humanitärer Visa zur legalen Einreise nach Vorprüfung der Asylgründe im Ausland;
- die Schaffung der nötigen personellen Voraussetzungen in den Botschaften so schnell wie möglich, um die Wartezeiten zu minimieren.
- die Gewährung effektiven Rechtsschutzes vor den Gerichten in Europa,
- die grundsätzliche Wahlfreiheit von Flüchtlingen, in welchem EU-Mitgliedsstaat sie ihren Asylantrag stellen wollen,
- dass für Unterbringung, Betreuung, das Asylverfahren, die Anerkennung und den Rechtsschutz einheitliche Mindeststandards in der EU gelten müssen. Die Organisation sollte daher einer europäischen Flüchtlingsbehörde übertragen werden, die in allen Mitgliedsstaaten für die Einhaltung europäischer Mindeststandards sorgt.

### 2. Familienzusammenführung jetzt!

Das Zusammenleben mit der Familie ist nicht nur ein unmittelbares Bedürfnis der Betroffenen – es ist auch untrennbar mit nachhaltiger Integration verbunden. Nur wer nicht in ständiger Sorge um seine engsten Angehörigen lebt, wird sich in die europäische Gesellschaft integrieren.

101 mission, die zumindest ein Mindestmaß an Hilfe gewähr-  
 102 te – auch wenn sie ebenfalls bereits Ansätze der aktuel-  
 103 len Fehlentwicklung enthielt. Dabei läge der Schlüssel, um  
 104 das Geschäftsmodell der Schlepper zu unterbinden, in der  
 105 Hand der Europäischen Union selbst: Die Schlepper kön-  
 106 nen nur so lange Geld mit der tödlichen Mittelmeerüber-  
 107 fahrt verdienen, wie es keine legalen Wege zur Flucht nach  
 108 Europa gibt. Offenbar besteht bei den Regierungschef\*in-  
 109 nen derzeit eine höhere Bereitschaft, Geld für unsinnige  
 110 Militäraktionen aufzuwenden, als dieses Geld in die Ret-  
 111 tung von Menschenleben, humanitäre Visa und Integrati-  
 112 onsmaßnahmen zu investieren.

113

114 Für uns ist klar, dass internationale Solidarität und die  
 115 Durchsetzung des Rechtes auf Leben nicht an den Euro-  
 116 päischen Außengrenzen aufhören dürfen. Egal aus wel-  
 117 chem Grund oder von welchem Ort ein Mensch flieht, nie-  
 118 mand darf dafür mit seinem Leben bezahlen. Der gefährli-  
 119 chen Spirale zwischen Hochrüstung der Grenzen und im-  
 120 mer gefährlicheren Fluchtrouten muss endlich ein Ende  
 121 gemacht werden. Unser Ziel ist, dass alle Menschen dort  
 122 leben können, wo sie wollen. Als Sofortmaßnahmen für si-  
 123 chere Fluchtrouten fordern wir jedoch von der deutschen  
 124 Bundesregierung und der Europäischen Union:

125

### 126 **1. Sichere Fluchtwege Schaffen: Vergabe humanitärer Visa**

127

128 Kein Mensch müsste sich auf ein Schlauchboot zur Mit-  
 129 telmeerüberfahrt begeben, wenn die sichere Flucht le-  
 130 galisiert wäre. Beispielsweise ist eine Einreise per Flug-  
 131 zeug sicher und deutlich billiger, jedoch nach EU-Richtlinie  
 132 2001/51/EG nicht legal: Fluggesellschaften haften dem-  
 133 nach, wenn Passagiere im Zielland wegen fehlender Pa-  
 134 piere abgewiesen werden. Das Unternehmen muss eine  
 135 Strafe zahlen, den Rückflug organisieren und für Unter-  
 136 kunft und Verpflegung bis zur Rückreise aufkommen. Ent-  
 137 sprechend werden Personen ohne Visum nicht transpor-  
 138 tiert.

139

140 Wir fordern daher:

- 141 • Es muss eine humanitäre Visafreiheit eingeführt  
 142 werden. Jeder Grenzübertritt – ob auf dem Land-,  
 143 See- und Luftweg – mit dem Ziel, in einem Staat ei-  
 144 nen Asylantrag zu stellen, muss legalisiert sein. Die-  
 145 se Regelung muss die Durchreise einschließen.
- 146 • Die Bereitstellung humanitärer Visa (nach dem Bei-  
 147 spiel Italiens) zur legalen Einreise und zur Über-  
 148 nahme der Reisekosten in die Europäische Union.  
 149 Bis zum Zeitpunkt einer Einigung muss die deut-  
 150 sche Bundesregierung eine entsprechend hohe An-  
 151 zahl für die Einreise nach Deutschland zur Verfü-  
 152 gung stellen und den sicheren Transport in die Eu-  
 153 ropäische Union organisieren und finanzieren.

Wir fordern daher:

- Die Zusammenführung von Familien aus Drittstaa-  
 ten (nicht-EU) mit in Deutschland oder einem an-  
 deren Mitgliedstaat anerkannten Flüchtlingen muss  
 schneller und unbürokratischer ermöglicht werden;
- Auch Personen, denen in Deutschland „nur“ sub-  
 sidiärer Schutz zuerkannt wurde, muss die Fami-  
 lienzusammenführung wieder ermöglicht werden.  
 Auch ihnen droht in ihren Herkunftsländern Lebens-  
 gefahr – sonst hätten sie diesen Status nicht erhal-  
 ten;
- Tausende Familienangehörige von in Deutschland  
 lebenden Geflüchteten müssen auf den griechi-  
 schen Inseln ausharren – obwohl sie im Rahmen  
 der Dublin-Richtlinie einen Anspruch darauf hätten,  
 ihren Asylantrag in Deutschland zu stellen! Dieser  
 rechtswidrige Zustand muss beendet werden, die  
 Einhaltung der sechsmonatigen Überstellungsfrist  
 ist unbedingt einzuhalten. Sofern es den zuständi-  
 gen Behörden an der dafür notwendigen personel-  
 len und finanziellen Ausstattung mangelt, ist für  
 diese zu sorgen;
- Die im Rahmen des EU Relocation Framework von  
 Deutschland zugesagten Kontingente müssen zur  
 Entlastung Italiens und Griechenlands umgesetzt  
 werden – keinesfalls ist die Verpflichtung, wie zu-  
 letzt das Bundesministerium des Innern verlauten  
 ließ, bereits umgesetzt. Auch in Zukunft ist auf euro-  
 päischer Ebene auf eine solidarische Flüchtlingspo-  
 litik der Mitgliedstaaten untereinander zu drängen.

### 3. Situation in den Flüchtlingscamps verbessern

Die Zustände in einigen Flüchtlingslagern – innerhalb und  
 außerhalb der Europäischen Union – sind nicht tragbar.  
 Die finanzielle Ausstattung der UN-Organisationen zur  
 Hilfe und Unterbringung für Geflüchtete muss daher so-  
 fort verbessert, Zusagen eingehalten werden. UNHCR und  
 das World Food Program sind immer wieder genötigt, die  
 grundlegenden Standards in den von ihnen betriebenen  
 Camps zu senken, Essensrationen zu kürzen, und können  
 im Winter nicht sicher vor dem Erfrieren schützen.

Aber auch in europäischen Flüchtlingslagern, vor allem  
 auf den griechischen Inseln, herrschen zum Teil rechtlich  
 unhaltbare Zustände: Asylverfahren dauern unangemes-  
 sen lange und folgen keiner durchschaubaren Reihenfol-  
 ge; Rechtsberatung ist nur in rudimentärem Ausmaß ver-  
 fügbar; AsylanhörerInnen sind zum Teil nicht ausreichend  
 geschult. Davon abgesehen sind, etwa auf Lesbos, auch  
 die humanitären Bedingungen unverantwortlich.

Wir fordern:

- 154 • Die humanitären Visa sind gebührenfrei und unbürokratisch in den Botschaften und Konsulaten zu gewähren. Dafür müssen die nötigen personellen Aufstockungen in den Botschaften so schnell wie möglich umgesetzt werden, um die Wartezeiten zu minimieren.
- 155
- 156
- 157
- 158
- 159
- 160 • Die Familienzusammenführung von geflüchteten Personen ist umgehend wieder aufzunehmen und ebenfalls schnell und unbürokratisch über die Vergabe humanitärer Visa zu ermöglichen.
- 161
- 162
- 163
- 164 • Die EU-Richtlinie 2001/51/EG muss ersatzlos gestrichen werden.
- 165

166

167

## 168 2. Libysche Folter-Camps schließen

169

170 Der UNO-Koordinator für Libyen, Martin Kobler, beschreibt die Situation in den Libyschen Camps als "furchtbar, entsetzlich und grauenhaft". Die Menschen sind unterernährt, willkürlicher Gewalt ausgesetzt und auf engstem Raum zusammengepfercht. Es wird von systematischen Erschießungen berichtet. Viele dieser Camps werden „privat“ von Milizen betrieben. Schätzungen zufolge hat die libyschen Regierung nicht mehr als 30 Prozent des libyschen Territoriums unter Kontrolle.

178

179 Wir fordern daher:

- 180
- 181 • Alle Menschen, die sich in libyschen Camps befinden, sind umgehend in sichere Camps umzusiedeln. Eine Rückführung flüchtender Menschen nach Libyen darf keine Option sein.
- 182
- 183
- 184
- 185 • Die Menschenrechtsverbrechen in den Camps sind vor dem Internationalen Strafgerichtshof für Menschenrechte anzuklagen.
- 186
- 187
- 188 • Jegliche Unterstützung der Europäischen Union, die in die Hände der autonomen Milizen gelangen könnte, beispielsweise über die libyschen Küstenwache, ist sofort einzustellen
- 189
- 190
- 191

192

## 193 3. Flüchtlingscamps nach UN-Standards

194

195 Die finanzielle Ausstattung von UN Organisationen zur Hilfe und Unterbringung für Geflüchtete muss sofort verbessert werden. UNHCR und das World Food Program sind immer wieder genötigt, die grundlegenden Standards in den Camps zu senken, die Essensrationen zu kürzen und können im Winter nicht sicher vor dem Erfrieren schützen. Solche Umstände sind unverantwortbar.

202

203 Daher bekräftigen wir erneut unsere bereits bestehenden Forderungen:

204

205

- 206 • Die Bundesregierung muss alle notwendigen Fi-

- Die Bundesregierung muss alle erforderlichen Finanzmittel bereitstellen, um die Einhaltung humanitärer Mindeststandards in den Flüchtlingscamps zu gewährleisten;
- um der Überlastung in den Hotspots entgegenzuwirken, müssen Zusagen im Rahmen des Relocation-Programms auch wirklich umgesetzt werden;
- bei der Auswahl der geeigneten KandidatInnen für das Relocation-Programm ist im nötigen Maße auf das Kriterium der Vulnerabilität zu achten.

## 4. Europäische Seenotrettung

Wir fordern:

- die Einsetzung einer europäischen Seenotrettungsmission nach dem Vorbild der Mission „Mare Nostrum“ mit zusätzlichen Mitteln. Es ist Aufgabe der Europäischen Union, sicherzustellen, dass ihre Außengrenzen nicht zum Massengrab werden. In der derzeitigen Situation ist dies nur mit einer staatlich organisierten, vorrangig zivilen Seenotrettung möglich;
- Die Staaten mit südlicher EU-Außengrenze können die Integration von tausenden Geflüchteten nicht alleine schultern. Die aus Seenot geretteten Flüchtenden müssen auf alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union solidarisch verteilt werden. Dabei ist die Wahlfreiheit der Betroffenen zu berücksichtigen. Für Mitgliedsstaaten, die mehr oder weniger Geflüchtete als anteilig vorgesehen aufnehmen, ist ein finanzieller Ausgleichmechanismus zu schaffen.
- Ein Ende jedweder Kriminalisierung von zivilgesellschaftlicher humanitärer Hilfe auf dem Mittelmeer. Die Unions-Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, diffamierende Äußerungen gegenüber zivilen Seenotrettungsorganisationen zu unterlassen.
- Die Aufbauhilfe für die libysche Küstenwache so lange auszusetzen, bis die libysche Küstenwache ihre Übergriffe auf NGOs glaubhaft unterlässt und die einseitig erklärte „Search-and-Rescue-Zone“ aufgibt;
- Sicherheitsgarantien für die im Mittelmeer operierenden NGOs durch die Europäische Union und deutsche Bundesregierung. Keine humanitäre Organisation darf dazu gezwungen werden, bewaffnetes Personal an Bord zu nehmen.

## 5. Keine Deals zur gewaltsamen Zurückhaltung von Flüchtenden

Die Praxis des Abschlusses sogenannter „Flüchtlingsdeals“, etwa mit der Türkei, sowie informelle Abkommen mit anderen Mittelmeer-Anrainerstaaten über die gewaltsa-

- 207 nanzmittel bereitstellen, um die humanitären Stan-  
 208 dards in den Flüchtlingscamps zu gewährleisten.
- 209 • eine drastische und dauerhafte Erhöhung der durch  
 210 die Bundesregierung zur Verfügung gestellten Plät-  
 211 ze im Rahmen des Resettlement-Programms
  - 212 • eine Reform des Resettlement-Verfahrens: Das  
 213 Resettlement-Auswahlverfahren darf nicht nach  
 214 Bildungsstand, Herkunft oder Religionszugehörig-  
 215 keit entschieden werden, sondern je nach Notlage.
  - 216 • unmittelbar nach der Ankunft sollte eine intensive  
 217 Erstbetreuungsphase mit gesundheitlicher und psy-  
 218 chologischer Unterstützung stattfinden.
  - 219 • Die Geflüchtetenunterbringungen auf dem euro-  
 220 päischen Festland müssen ebenfalls dringend ver-  
 221 bessert werden. Vielfach erfüllen sie selbst nicht hu-  
 222 manitäre Mindeststandards.

223

#### 224 4. Europäische Seenotrettung

225

226 Wir fordern:

- 227 • Die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX  
 228 muss unverzüglich abgeschafft werden. Es steht  
 229 für die menschenrechtswidrige und militarisierte  
 230 Grenzabschottung der EU. Da die Agentur zudem  
 231 nicht demokratisch kontrolliert werden kann, bleibt  
 232 nur die gänzliche Auflösung.
- 233 • die Wiedereinsetzung einer Europäische Seenotret-  
 234 tungsmission nach dem Vorbild der Mission „Ma-  
 235 re Nostrum“ mit zusätzlichen Mitteln und Finanzen.  
 236 Diese können durch eine Umwidmung der Mission  
 237 „Sofia“ zur Verfügung gestellt werden. Es ist Aufga-  
 238 be der Europäischen Union sicherzustellen, dass ih-  
 239 re Außengrenzen nicht zum Massengrab werden. In  
 240 der derzeitigen Situation ist dies nur mit einer staat-  
 241 lich organisierten Seenotrettung möglich.
- 242 • Die Staaten mit südlicher EU-Außengrenze können  
 243 die Integration von tausenden Geflüchteten nicht  
 244 alleine schultern. Die aus Seenot geretteten Fläch-  
 245 tenden müssen virtuell auf alle Mitgliedsstaaten  
 246 der Europäischen Union nach einem festen Schlüs-  
 247 sel solidarisch verteilt werden. Wenn ein Staat we-  
 248 niger Geflüchtete aufnimmt, als er müsste, muss  
 249 er an diejenigen Staaten, die mehr Geflüchtete auf-  
 250 nehmen, als der Schlüssel besagt, zahlen. Diese Re-  
 251 gelung kann auch durch die partielle Streichung  
 252 von EU-Geldern an diesen Staat durchgesetzt wer-  
 253 den. Die Verpflichtung zu den oben genannten Aus-  
 254 gleichszahlungen bleibt weiterhin bestehen. Außer-  
 255 dem müssen für Unterbringung, Betreuung und  
 256 Asylverfahren Mindeststandards gelten, von denen  
 257 einige EU-weit, andere Mitgliedslandspezifisch sein  
 258 müssen.
- 259 • Eine Rückführung von Menschen in nicht-sichere

me Zurückhaltung von flüchtenden Menschen ist abzu-  
 lehnen. Sie sind aus humanitären Gründen nicht zu rech-  
 fertigen, widersprechen teils internationalem Recht und  
 machen die Europäische Union politisch erpressbar.

*Der Landesparteitag ekräftigt im Übrigen die bei Weitem  
 noch nicht umgesetzten Forderungen des Landespartei-  
 tagsbeschlusses 61/I/2017 vom 30.4.17 „Für eine men-  
 schenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik in der EU“. Der  
 vorliegende Antrag ergänzt diesen Antrag im Hinblick auf  
 das Thema „Fluchtrouten“, ersetzt ihn aber nicht.*

260 Staaten muss ausgeschlossen werden. Das Non-  
261 Refoulement-Prinzip der Genfer Flüchtlingskonven-  
262 tion gilt uneingeschränkt.

263

#### 264 **5. Keine Deals zur gewaltsamen Zurückhaltung von Flücht-** 265 **tenden**

266

267 Die sogenannte „Flüchtlingsdeal“ mit der Türkei, so-  
268 wie informelle Abkommen mit anderen Mittelmeer-  
269 Anreinerstaaten über die gewaltsame Zurückhaltung von  
270 flüchtenden Menschen sind umgehend aufzukündigen.  
271 Sie sind aus moralischen und humanitären Gründen nicht  
272 zu rechtfertigen, widersprechen internationalem Recht  
273 und machen die Europäische Union politisch erpressbar.

274

#### 275 **6. Die Kriminalisierung humanitärer Hilfe stoppen**

276

277 Seitdem die europäische Seenotrettungsmission beendet  
278 wurde, haben es sich gut ein Dutzend Nicht-Regierungs-  
279 Organisationen (NGOs) zur Aufgabe gemacht, die Men-  
280 schen im Mittelmeer vor dem Ertrinken zu retten. Rund  
281 40 Prozent der Rettungen im Mittelmeer wurden in den  
282 letzten 1,5 Jahren von privaten Helfer\*innen durchgeführt.  
283 Dass diese eigentlich staatliche Verantwortung auf Lai-  
284 en und NGOs abgewälzt wird, ist an sich bereits Grund  
285 für Kritik. In den letzten Monaten wurde die humanitä-  
286 re Hilfe auf dem Mittelmeer jedoch regelrecht kriminali-  
287 siert. Von rechten Bewegungen in Italien, Österreich und  
288 Deutschland ausgehend wurden absurde Anschuldigun-  
289 gen erhoben, die NGOs würden mit Schleppern kooperie-  
290 ren und Schleuser-Tätigkeiten durchführen. Ohne jegliche  
291 Beweise und trotz massiver Dementi seitens der NGOs  
292 wiederholte der deutsche Innenminister Thomas de Mai-  
293 zière ähnliche Anschuldigungen und die Italienische Re-  
294 gierung nötigte den NGOs einen „Code of Conduct“ auf,  
295 der ihre Arbeit massiv einzuschränken droht. Als die liby-  
296 schen Küstenwache einseitig eine 70-90 Seemeilen große  
297 „Search-and-Rescue-Zone“ vor ihrer Küste ausrief, und so-  
298 mit internationale Hoheitsgewässer annektierte, erfolg-  
299 te von der Europäischen Union keinerlei Reaktion – ob-  
300 gleich die EU den Aufbau der libyschen Küstenwache fi-  
301 nanziert und unterstützt. Die Seenotrettungs-NGOs se-  
302 hen sich seither massiven Übergriffen und Bedrohungen  
303 durch die libysche Küstenwache ausgesetzt, viele haben  
304 ihre Rettungsaktivitäten vorerst eingestellt oder stark ein-  
305 geschränkt. Die nun fehlenden Rettungskapazitäten wur-  
306 den von staatlicher Seite jedoch nicht ersetzt, sodass die  
307 Situation vor der libyschen Küste für die Flüchtenden nun  
308 noch gefährlicher ist als zuvor.

309

310 Daher fordern wir:

- 311 • Ein Ende der Kriminalisierung von humanitärer Hilfe  
312 auf dem Mittelmeer durch die Bundesregierung und

- 313 insbesondere das Innenministerium
- 314 • Die Aufbauhilfe für die libysche Küstenwache so lan-  
315 ge auszusetzen, bis die libysche Küstenwache ihre  
316 Übergriffe auf NGOs glaubhaft unterlässt und die  
317 einseitig erklärte „Search- and – Rescue- Zone“ auf-  
318 gibt.
- 319 • Sicherheitsgarantien für die im Mittelmeer operie-  
320 rende NGOs durch die Europäische Union und Deut-  
321 sche Bundesregierung. Keine humanitäre Organi-  
322 sation darf dazu gezwungen werden, bewaffnetes  
323 Personal an Bord zu nehmen.
- 324 • Nach der Umsetzung dieser Sofortmaßnahmen  
325 muss die Europäische Union und die Bundesre-  
326 publik Deutschland damit beginnen, die uneinge-  
327 schränkte Bewegungsfreiheit für alle Menschen zu  
328 realisieren. Es kann unter keinen Umständen ge-  
329 rechtfertigt sein, dass ein Teil der Menschheit ihr  
330 Leben riskieren muss, um Grenzen zu überwinden,  
331 während ein privilegierter Teil genauso wie Waren  
332 und Kapital sich grenzenlos bewegen kann. Eine  
333 Welt ohne Grenzen ist möglich.

334

335 **7. Internationale Solidarität ermöglichen statt Flucht be-**  
336 **kämpfen**

337

338 Die Europäische Union gemeinsam mit den 28 Mitglied-  
339 staaten trägt nach Eigenangaben mehr als 50 Prozent  
340 der weltweiten Mittel für Entwicklungszusammenarbeit.  
341 Globale Ungleichheiten als zentrale Ursache für Fluchtbe-  
342 wegungen konnten bisher allerdings nicht wirksam ein-  
343 gedämmt werden. Seit der Verstärkung von Flüchtlingsbe-  
344 wegungen im Jahr 2015 hat die Europäische Union zusätz-  
345 liche budgetäre Mittel in die Hand genommen, um den so-  
346 genannten Grenzschutz in den südlichen Mittelmeeran-  
347 rainerstaaten zu verstärken. Zusätzlich wurden über die  
348 längerfristigen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit  
349 hinaus verstärkt Mittel für Nord-und Westafrika bereit-  
350 gestellt, die die ‚Fluchtursachen‘ bekämpfen sollen. Ent-  
351 wicklungszusammenarbeit muss sich stärker an Maßga-  
352 ben internationaler Solidarität messen lassen, damit sie  
353 ihre intendierte oder vorgeschobene Wirkung erzielen. So-  
354 fortmaßnahmen sind nur dann hilfreich, wenn sie akute  
355 humanitäre Krisen bekämpfen und somit Flucht zu einer  
356 Option anstatt zu einer lebenserhaltenden Notwendigkeit  
357 macht.

358

359 Deshalb fordern wir:

- 360 • Einen ehrlichen Umgang in der Diskussion um die  
361 Bekämpfung von Fluchtursachen. Gerade die SPD  
362 muss als Partei der internationalen Solidarität (gem.  
363 Hamburger Programm) stärker die Wechselwirkung  
364 zwischen dem deutschen Engagement im Ausland  
365 und Fluchtbewegungen in die Europäische Union

366 thematisieren. Aktionistische Konzepte der SPD zur  
367 Bekämpfung von Fluchtursachen in Zeiten hoher  
368 Flüchtlingsbewegung müssen allgemeinen Konzepten  
369 der Bekämpfung von globalen Ungleichheiten  
370 weichen.

371  
372 Die Anerkennung der Flucht als legitimes Mittel zur Ver-  
373 besserung der individuellen Lebenssituation. Fluchtbewe-  
374 gungen werden zuvörderst durch globale Ungleichheiten  
375 ausgelöst. Die Ermöglichung von Flucht ist daher oft das  
376 schnellste und effektivste Mittel internationaler Solidari-  
377 tät, unabhängig davon, ob sich die individuelle Fluchtmo-  
378 tivation aus kriegerischen Konflikten, Verwehrung gesell-  
379 schaftlicher und politischer Teilhabe, Verletzung der kör-  
380 perlichen Unversehrtheit oder ökonomischen Erwägun-  
381 gen speist.